

teile. „Straßennamen erzählen“ heißt das Projekt, mit dem Studierende der ASFH, zusammen mit Koch als Mobiles Unterhaltungstheater (abgekürzt Muth) den Hellersdorfern, Marzahnern, Kaulsdorfern und Biesdorfern lebendigen Geschichtsunterricht präsentierten. Maxie Wander, Peter Weiß, Nelly Sachs, Fritz Lang, Ernst Bloch, alles Namen, die hier nach der Wende als Straßennamen auftauchten, wurden den Passanten, Passantinnen und Anwohnern mit szenischen Lesungen vorgestellt. Selbstverständlich lernten so auch Gerd Koch und die Studentinnen und Studenten etwas über die Genannten.

Lieber Gerd, was sind das für Zeiten, wo ein Gespräch über Brecht soviel Ungesagtes mit einschließt. Denn Vieles habe ich nun bestimmt vergessen, aber nicht Deinen Humor und nicht Deine Freundlichkeit. Ich hoffe, der Kochsche Geist, der Alma-Mater Geist, weht lange nach in diesem Haus. Ich weiß, du bist ein Fan, das kann ich doch so sagen, von Alexander Humboldt. Und das heißt, die Welt lockt. Die Wüste lebt. Deshalb zum Schluss das schon angekündigte Gedicht. Ich habe dich zwar nicht gefragt, aber ich gehe davon aus, du hättest es dir gewünscht, nicht von Goethe, womit nichts gegen Goethe gesagt ist, sondern, du ahnst es, von noch einem Gewährsmann mit B. Wie Bloch aus der Pfalz. Richtig. Hugo Ball aus Pirmasens. Also, Gerd Koch, „alles Gute auf all deinen Wegen“ mit

Karawane

Jolifanto bambla o falli bambla
großiga m'pfa habla horem
egiga goramen
higo bloiko russula huju
hollaka hollala
anlogo bung
blag bung blago bung
ü üü ü
schampa wulla wussa olobo
hey tatta gorem
eschige zunbada
wulubu ssubudu uluwu ssubudu
tumba ba-umf
kusa gauma
1916

Rundschau

Allgemeines

DZI Spenden-SiegelFORUM 2007. Seit 2005 lädt das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) die mit dem DZI Spenden-Siegel ausgezeichneten Organisationen zu einem jährlichen Workshop nach Berlin ein. Dort werden neue Entwicklungen im Spendenwesen kommuniziert und Spannungsfelder diskutiert. Das Treffen soll auch den Kontakt der Organisationen untereinander und deren Informationsaustausch mit dem DZI und seinen verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern fördern. Das DZI Spenden-SiegelFORUM 2007 fand am 15. März in den Räumen der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften statt. Den 85 Teilnehmenden kündigte DZI-Geschäftsführer Burkhard Wilke in seiner Begrüßungsrede an, dass das DZI in diesem Jahr die seit 1996 inhaltlich unveränderten Spenden-Siegel-Leitlinien überarbeiten wird. Die Grundsubstanz des inzwischen etablierten Prüfverfahrens werde dabei nicht angetastet. Wohl aber seien wichtige Ergänzungen geplant, wie zum Beispiel die Pflicht zur Veröffentlichung von Jahresberichten nach bestimmten inhaltlichen Vorgaben, ausführlichere Bestimmungen zu Provisionen und strengere Regeln für die Planungs-, Entscheidungs- und Kontrollstrukturen. Im Sommer will das DZI einen ersten Änderungsentwurf auf seiner Internetseite veröffentlichen. Auf die geradezu biblische Tradition des Fundraisings wie auch der Verpflichtung zu Transparenz und Rechenschaftslegung wies in seinem Grundsatzvortrag Andreas Lob-Hüdepohl, Professor für theologische Ethik und Rektor der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin, hin. Eine ausführlichere Fassung seines Vortrags ist in der soeben vom DZI herausgegebenen Schrift „Ethik im Fundraising. Kinderpatenschaften, Selbstverpflichtungen und weitere Spannungsfelder“ abgedruckt. Im Anschluss an diesen Vortrag stellte der Vorsitzende des Deutschen Fundraising Verbandes Rüdiger Sornek Profil und strategische Ziele seiner Organisation vor sowie die jüngst von ihr verabschiedete deutsche Übersetzung der „International Statement of Ethical Principles“ der European Fundraising Association (EFA). Sornek sagte, dass der Ethikausschuss des Fundraising-Verbands auf der Basis dieser Grundsätze praktische Regeln für einzelne Fundraisinginstrumente ausarbeiten wolle. In aktuelle Praktiken des Telefonfundraisings führte Peter Schmitz, Managing Director der FRC Fundraising Company ein. Unter anderem hob er hervor, dass die Regelungen des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs zwar für Telefonfundraising nicht gelten, insbesondere von „kalten“ Werbeanrufen aber aus vielerlei Gründen abzuraten sei. Nach der Mittagspause erklärte Jörg Lüssem, Vorstandsassistent bei der Johanniter-Unfallhilfe, wie und weshalb das immer wieder umstrittene Instrument der Fördermitgliedschaftswerbung mit Provisionen funktioniert – und ohne eben nicht. Seine Ausführungen wurden ebenso leidenschaftlich diskutiert wie die anschließenden Thesen von Franz Orth, Geschäftsführer der social concept

GmbH Agentur für Sozialmarketing, zu den Risiken erfolgsabhängiger Bezahlung und regelrechter „Knebelverträge“ wie sie zuweilen zwischen Organisationen und einzelnen Agenturen geschlossen würden. Auf ebenso großes Interesse trafen zum Ende der Tagung noch die Beiträge von Arne Kasten und Jan-Simon Busse. Kasten, Leiter der Spendenabteilung von Ärzte ohne Grenzen Deutschland, stellte das neue TQE-Qualitätsmanagement-Modell für Fundraisingprozesse vor, das unter anderem auf Initiative seiner Organisation an der Fundraising-Akademie erarbeitet wurde. Dieses QM-Instrument ziele auf die Qualität der Prozesse und Strukturen, nicht auf die der Fundraisinginhalte oder -ergebnisse, hob Kasten hervor. Jan-Simon Busse, als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität Göttingen in Kooperation mit PricewaterhouseCoopers (PWC) mit der Entwicklung des PWC-Transparenzpreises befasst, stellte die Neuerungen vor, die PWC nach Gesprächen mit dem DZI, VENRO und der Deutschen Gesellschaft für Controlling in der Sozialwirtschaft (DGCS) in diesem Jahr einführen wird. Programm, Teilnehmerliste und Dias fast aller Vorträge der Veranstaltung sind unter www.dzi.de abrufbar. Das Spenden-SiegelFORUM 2008 ist bereits für den 8. April 2008 terminiert.

Burkhard Wilke

„Sozialer Arbeitsmarkt“ für Langzeitarbeitslose.

„Menschen, die trotz Eingliederungsmaßnahmen der Arbeitsverwaltung weiterhin langzeitarbeitslos sind, benötigen unsere besondere Unterstützung“, so Wilhelm Schmidt, Vorsitzender des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge. „Dies gilt vor allem, wenn persönliche Merkmale wie geringe soziale Kompetenz oder schwerwiegende gesundheitliche Einschränkungen vorliegen.“ Lohnkostenzuschüsse seien ein guter Weg, um die Einstellung leistungsschwächerer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Arbeitgeber attraktiv zu machen. Der Deutsche Verein appelliert auch an die Träger der Grundsicherung, Vorschläge für die Finanzierung eines „sozialen Arbeitsmarkts“ zu erörtern. Denn es sei allemal besser, Arbeit statt Passivität zu finanzieren. Die öffentlich geförderte Beschäftigung soll keine reguläre Arbeit verdrängen. Deshalb sollen die Leistungsträger gemeinsam mit der Handwerkskammer und anderen Arbeitsmarktakteuren vor Ort über mögliche Beschäftigungsfelder für einen „sozialen Arbeitsmarkt“ beraten. Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Vereins vom März 2007

50 Jahre ÖKSA. Eine politische Plattform für soziale Arbeit im Wandel der Zeit. Festschrift. Von Gerhard Melinz und Wolfgang Reder. Hrsg. Österreichisches Komitee für Soziale Arbeit. Selbstverlag, Wien 2006, 128 S., keine Preisangabe *DZI-D-7937*

Das Österreichische Komitee für Soziale Arbeit (ÖKSA) wurde im Jahr 1956 als überparteilicher österreichweiter Verein gegründet und ist bis heute eine offene Dialog- und Koordinationsplattform zentraler staatlicher beziehungsweise bundeslandspezifischer und nicht staatlicher Akteure österreichischer Sozialpolitik. Kurz nach dem vereinsrechtlichen Beginn von ÖKSA wirkte es als „ÖKSA/Sozialdienst für ungarische Flüchtlinge“ in Kooperation mit dem Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlingsfragen bereits aktiv an der Flüchtlingsintegration mit. Das ÖKSA war und ist Mitglied der Dachorganisation International Council on Social Welfare, die 1928 in Paris gegrün-

det wurde und beratenden Status bei den Vereinten Nationen im Sozialbereich innehat. Im nationalen Rahmen bleibt ÖKSA ein Synonym für die Zusammenarbeit unterschiedlichster Akteure moderner Wohlfahrtsstaatlichkeit. Die Autoren fassten in dieser Festschrift die Geschichte des Komitees anlässlich des 50-jährigen Bestehens zusammen. Bestellanschrift: ÖKSA, Geigergasse 5-9/3, St./Zi 2-3, 1050 Wien, Tel.: 0043/1/548 29 22, Fax: 0043/1/545 01 33 E-Mail: office@oeksa.at

Lohnzuschüsse für Ältere. Die Arbeitsagentur muss ältere Arbeitslose darauf hinweisen, dass sie bei der Annahme eines schlechter bezahlten Jobs Lohnzuschüsse bekommen können. Von den über 50-Jährigen könne nicht verlangt werden, sich auf anderen Wegen über die im Jahr 2003 eingeführte „Entgeltsicherung für ältere Arbeitnehmer“ zu informieren, entschied das Bundessozialgericht (BSG) in Kassel. Würden die Arbeitslosen nicht hinreichend aufgeklärt, müssten ihnen die Leistungen auch im Nachhinein willigelt werden. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie sich ihre neue, geringer entlohnte Tätigkeit selbst gesucht haben oder ob sie ihnen von der Arbeitsagentur vermittelt wurde (Az.: B 7a AL 22/06 R). Die Entgeltsicherung war Teil der ersten Hartz-Reformen, die zum 1. Januar 2003 in Kraft traten. Damit sollen Arbeitslose, die über 50 Jahre alt sind und noch mindestens 180 Tage lang Anspruch auf Arbeitslosengeld I haben, zur Annahme auch schlechter bezahlter Beschäftigungen bewegt werden. Sie können dann befristet Zuschüsse zum Lohn und zur Rentenversicherung erhalten. Geklagt hatte ein 57-Jähriger, dem die Leistungen von der Arbeitsagentur verweigert worden waren, weil er sie erst mehrere Monate nach dem Start seiner neuen Beschäftigung beantragt hatte. Quelle: VdK Zeitung 3.2007

Engagement macht stark! Unter diesem Motto findet vom 14. bis 23. September 2007 die bundesweite Aktionswoche des bürgerschaftlichen Engagements statt. Die Aktionswoche soll verdeutlichen, wie bürgerschaftliches Engagement die Gesellschaft bereichert und stärkt. Bürgerschaftliches Engagement lohnt sich, sowohl für das Gemeinwesen wie auch für die jeweiligen Aktiven. Weitere Informationen: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Kampagneteam, Michaelkirchstrasse 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-120, Fax: 030/629 80-9183, E-Mail: aktionswoche@b-b-e.de, Internet: <http://www.engagement-macht-stark.de>, <http://www.b-b-e.de>

► Soziales

Kleinprojekteförderung über den Europäischen Sozialfonds (ESF). Das sächsische Staatsministerium für Soziales teilte mit, dass das aktuelle Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS)“ bis zum 31. Dezember 2007 verlängert wird. Damit können weitere Projekte aus dem sozialen Bereich gefördert werden. Das aus Mitteln des ESF finanzierte Programm unterstützt lokale Kleinprojekte, unter anderem zur beruflichen Eingliederung von am Arbeitsmarkt benachteiligten Personen. Es dient im weiteren Sinne der Verbesserung der Aus-, Weiterbildungs- und Arbeitsmarktsituation, zum Beispiel in der Jugend-, Alten-, Behinderten oder Familienhilfe. Das Sozialministerium unterstützte mit dieser kleinteiligen Förderung seit Beginn im Jahre 2006 landesweit bisher fast 600 Projekte.

Jede Maßnahme wird einmalig mit bis zu 10 000 Euro bedacht. Anträge können bei der Koordinierungsstelle „Locales Kapital für soziale Zwecke“, Duvier Consult, Neefestraße 88, 09116 Chemnitz gestellt werden. Dort erhalten die Antragstellenden auch Beratung und Unterstützung bei der Beantragung, Organisation, Verwaltung und Durchführung entsprechender Projekte. Quelle: Pressemitteilung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales 24.07

Seniorinnen und Senioren helfen Schülern. Wenn in Berlin an einer Schule sich Schüler und Schülerinnen „in die Wolle“ bekommen, dann landen sie nicht selten bei „Seniorpartner in School“ (SIS). Hier arbeiten ältere Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich und vermitteln bei Streitereien auf professionelle Weise, indem sie nicht Schuld und Unschuld feststellen, sondern die Ursachen des Konflikts mit den Streitenden aufarbeiten. SIS wurde vor fünf Jahren in Berlin gegründet. Zur Konfliktlösung eignen sich fremde, ältere Menschen besonders gut, weil sie anders als Eltern und Lehrende nicht mehr erziehen müssen und bei Jugendlichen dadurch weniger Widerstand auslösen. Wer als Schulmediator oder -mediatorin arbeiten will, muss sich für mindestens 18 Monate verpflichten. Die Kosten für die zweiwöchige professionelle Weiterbildung übernimmt der Verein SIS. Informationen: Seniorpartner in School e.V., Tel.: 030/62 72 80 48
Internet: www.seniorparterinschool.de

Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft – Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen. Hrsg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Eigenverlag, Berlin 2006, 295 S., kostenfrei *DZI-D-7833* Mitte letzten Jahres wurde der „Fünfte Altenbericht der Bundesregierung“ dem Deutschen Bundestag übergeben und der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Bericht wurde von einer elfköpfigen multidisziplinären Sachverständigenkommission erstellt, die sich aus Vertretenden der Soziologie, Psychologie, Gerontologie, der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie der Medizinsoziologie zusammensetzt. Im Zentrum des Berichts stehen die Potenziale älterer Menschen in der Erwerbs- und Nacherwerbsphase. Er kann unter www.bmfsfj.de/Publikationen heruntergeladen oder beim Publikationsversand der Bundesregierung bestellt werden, Postfach 48 10 09, 18132 Rostock, Tel.: 018 05/77 80 90, Fax: 018 05/77 80 94
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de

DBSH fordert zweckgebundene Sozialsteuer. Der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH) weist darauf hin, dass Armut nicht nur finanzielle Aspekte betrifft und in den verschiedensten Bevölkerungsgruppen anzutreffen ist. Der DBSH fordert mehr materielle Hilfen für Familien mit Kindern, alte Menschen und ein Mehr an Personal und Qualität bei sozialen Diensten und Einrichtungen, angefangen vom Kindergarten bis hin zum Pflegeheim. Dabei verkennt der DBSH nicht, dass dies zusätzliche Mittel notwendig macht. Natürlich haben die Bürgerinnen und Bürger ein Recht zu wissen, wofür ihre Steuern verwendet werden. Darum fordert der Berufsverband eine Sozialsteuer für höhere Vermögen, Gewinne und Beziehende höher Einkommen. Quelle: Forum sozial 2.2007

Landesarbeitsgemeinschaft gemeinschaftlicher Wohnprojekte. 40 Wohnprojekte in Rheinland-Pfalz haben sich zu einer Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Wohnprojekte zusammengeschlossen. Die LAG soll dazu beitragen, die Entwicklung neuer Wohnformen insbesondere für ältere Menschen weiter voranzutreiben. Die Beratungsstelle Lebenswohnraum des Deutschen Roten Kreuzes, Kreisverband Mainz-Bingen wertete die Gründung als einen wichtigen Impuls und Meilenstein in der Entwicklung des gemeinschaftlichen Wohnens. Die Beratungsstelle Lebenswohnraum begleitet und unterstützt Wohnprojekte in Rheinland-Pfalz. Sie wird in diesem Jahr mit 25 000 Euro durch das Landesfamilienministerium gefördert; sie übernimmt auch die Begleitung der neuen Landesarbeitsgemeinschaft. Quelle: Pressedienst des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz 033-5/07

► Gesundheit

Unabhängige Patientenberatung. Ende Januar 2007 nahm der Modellverbund „Unabhängige Patientenberatung Deutschland gGmbH“ (UPD) seine Tätigkeit auf. Grundlage ist ein Vertrag der Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenversicherung mit den drei UPD-Trägerorganisationen Verbraucherzentrale Bundesverband, Sozialverband VdK und Verbund Unabhängiger PatientInnenstellen. Die neue Institution muss nach Ansicht der Patientenbeauftragten der Bundesregierung dafür sorgen, dass Patientinnen und Patienten ihre Rechte als „mündige Versicherte“ ausfüllen können. Der federführende AOK-Bundesverband sieht in dem Modellverbund einen Beitrag zu mehr Transparenz und Autonomie für kranke Menschen. Quelle: G+G Blickpunkt 2.2007

Aktuelle Forschung und Projekte zum Thema Demenz.

Hrsg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Eigenverlag. Berlin 2006, 42 S., kostenfrei *DZI-D-7922*

In der Bundesrepublik Deutschland leiden bereits etwa 1,2 Millionen Menschen an einer Demenz. Bei älteren Menschen handelt es sich meist um die Demenz vom Alzheimer-Typ. Sie wird oft zu spät erkannt und dann nicht angemessen behandelt. Die meisten Demenzkranken werden zu Hause von ihren Angehörigen betreut. Hoch belastete pflegende Angehörige erkranken häufig. Trotz aller Fortschritte und Erfolge der Forschung über Demenz in den letzten zehn Jahren kann nicht auf den wissenschaftlichen Durchbruch gewartet werden. Denn schon heute müssen passende Hilfe- und Versorgungsangebote für Betroffene und ihre Familien bereitgehalten werden. Aus Forschungs- und Praxisprojekten stehen inzwischen Ergebnisse zur Verfügung, die wertvolle Impulse für eine qualitätvolle Betreuung demenzkranker Menschen geben. Einige davon werden in dieser Broschüre vorgestellt. Bestellanschrift: Publikationsversand der Bundesregierung, Postfach 48 10 09, 18132 Rostock, Tel.: 018 05/77 80 90, Fax: 018 05/77 80 94, E-Mail: publikationen@bundesregierung.de

Suchtberatung online. Bei der Caritas in der Diözese Münster gibt es ab März 2007 auch online das Angebot einer Suchtberatung. Zwei Beratungsstellen beginnen als erste, die übrigen 15 werden bis zum Sommer hinzukommen. Unter der Adresse www.beratung-caritas.de können

Bürgerinnen und Bürger rund um die Uhr Fragen zu Drogen und Sucht stellen und dabei auf Wunsch auch anonym bleiben. Die Mitarbeitenden vor Ort werden diese spätestens innerhalb von 48 Stunden beantworten. „Dies ist ein niedrigschwelliges Angebot in einem geschützten Rahmen“, erklärte Caritas-Referentin Ute Cappenberg vom Diözesancaritasverband Münster. Sie erhofft sich von dem neuen Angebot, dass Hilfe früher möglich ist und verstärkt jüngere Menschen erreicht werden können. Die persönliche Beratung wird dadurch nicht ersetzt, aber es könnten erste Fragen geklärt werden. Dabei würde auch klar, ob und welche weitere Unterstützung durch eine Beratungsstelle sinnvoll sei. Hierbei sind auch einige Grundinformationen zum Thema Sucht auf den Internetseiten des Beratungsportals dienlich. Online-Beratung bietet die Caritas unter derselben Adresse auch zu den Themen Schwangerschaft, Erziehung und Kur an. Weitere Informationen und die Adressen der örtlichen Beratungsstellen sind unter der Adresse www.caritas-muenster.de zu erhalten. Quelle: Newsletter des Caritasverbandes für die Diözese Münster e.V. vom Februar 2007

Weniger Unfälle und Berufskrankheiten. Der Bericht „Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit 2005“ der Bundesregierung zeigt, dass Beschäftigte sich immer seltener am Arbeitsplatz verletzen oder dort krank werden. Der Bericht macht deutlich, dass Unternehmen in Deutschland auf immer umfangreichere betriebliche Gesundheitsförderung und besseren Arbeitsschutz setzen. Technische Neuentwicklungen, veränderte Arbeitsorganisation und geeignete Arbeitsplatzgestaltung trugen dazu bei, dass sich Belastungen bei Beschäftigten verringerten und Risiken in der Arbeitswelt verminderten. Die meldepflichtigen Arbeitsunfälle gingen im Vergleich zum Jahr 2002 um 21,2 % auf 1 029 520 in 2005 zurück. Quelle: Die BKK 2/2007

Kosten der Heimpflege in Pflegeklasse III. Ende des Jahres 2005 waren in der höchsten Pflegeklasse für vollstationäre Unterbringung und Pflege durchschnittlich 2 706 Euro an das Pflegeheim zu entrichten. In der Pflegeklasse II betrug der Durchschnittssatz 2 280 Euro und in der Pflegeklasse I 1 854 Euro. Die Vergütung der Heime ist in allen neuen Bundesländern unterdurchschnittlich: Der geringste Satz für Pflege, Unterkunft und Verpflegung in der höchsten Klasse errechnet sich für Sachsen und Sachsen-Anhalt mit monatlich 2 250 Euro. Die höchsten Pflegesätze wurden in Nordrhein-Westfalen (3 101 Euro) und Hamburg (3 010 Euro) entrichtet. Zusätzlich zu den genannten Ausgaben können weitere Belastungen für die Bewohnerinnen und Bewohner entstehen, insbesondere für gesondert berechenbare Investitionsaufwendungen. Diese werden in der Pflegestatistik allerdings nicht erfasst. Nach Ergebnissen der Repräsentativerhebung „Hilfe- und Pflegebedürftige in Alteneinrichtungen 2005“ wurden den Pflegebedürftigen in 89 % der Heime zusätzliche Investitionskosten von durchschnittlich 376 Euro in Rechnung gestellt. Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes 109/07

► Jugend und Familie

Anspruch auf Kindergeld. Eltern haben Anspruch auf Kindergeld, wenn ihr Kind nur wegen der Beiträge zur Krankenversicherung den Grenzbetrag der jährlichen Ein-

künfte von 7 680 Euro überschreitet. Beiträge zu einer freiwilligen gesetzlichen oder privaten Krankenversicherung dürfen genauso wie Abgaben an die Sozialversicherung von den Einkünften des Kindes abgezogen werden, entschied der Bundesfinanzhof (BFH). Es könnte kein Unterschied gemacht werden, wenn der Arbeitgeber die Beiträge bei der Sozialversicherung einbehalte oder das Kind diese selbst entrichte. Das Bundesverfassungsgericht hatte im Januar 2005 entschieden, dass die Sozialversicherungskosten abzugsfähig sind. Zudem entschied der BFH, dass Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung vor 2005 steuerlich nur beschränkt absetzbar sind. Mit dem Alters-einkünftegesetz wurden die Abschreibungsmöglichkeiten ab 2005 ausgeweitet. Davor eingezahlte Beiträge könnten heute nicht als vorweggenommene Werbungskosten verrechnet werden. Sie seien lediglich bis zu dem Höchstbetrag absetzbar, der bis 2005 gegolten habe. Quelle: Stimme der Familie 11-12.2006

European Volunteer Centre. Das Europäische Freiwilligenzentrum (CEV) mit Sitz in Brüssel hat die nächsten Schwerpunkte seiner Arbeit festgelegt. Auf der letzten Mitgliederversammlung wurde beschlossen, drei Arbeitsbereichen besondere Aufmerksamkeit zu schenken. So soll die Förderung von Jugendfreiwilligendiensten auf lokaler Ebene auf einer Konferenz beleuchtet werden. Ebenso vorangetrieben werden sollen die Themen „Verhältnis von Freiwilligen- und Erwerbsarbeit“ sowie „Kompetenzgewinn im Engagement: Lebenslanges Lernen“. Das CEV ist ein europäischer Dachverband 32 nationaler und regionaler Freiwilligenzentren und -organisationen aus 18 europäischen Ländern sowie aus Israel. Quelle: Paritätischer Rundbrief des Landesverbands Berlin 1-2.2007

Mehrgenerationenhäuser. Das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser der Bundesregierung hat zum Ziel, den Zusammenhalt und den Austausch der verschiedenen Lebensalter zu stärken. Bundesweit sollen 439 Zentren dieser Art entstehen – ein Haus in jeder kreisfreien Stadt und jedem Landkreis. Sie sind offene Treffpunkte, in denen unter anderem folgende Maßnahmen angeboten werden sollen: frühe Förderung von Kindern und Jugendlichen, Nutzen der Potenziale älterer Menschen, Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Qualifizierung und (Wieder-)Einstieg ins Erwerbsleben, Zusammenwirken von Haupt- und Ehrenamt, freiwilliges Engagement und Selbsthilfe, hauswirtschaftliche Dienstleistungen. Träger erhalten einen jährlichen Zuschuss von bis zu 40 000 Euro. Dieser kann bis zu 50 % für Personalkosten verausgabt werden, Bauinvestitionen können davon nicht getätigter werden. Die Förderung ist auf fünf Jahre begrenzt. In einer ersten Förderphase konnten Träger bis September 2006 Bewerbungen abgeben, 200 Häuser sind inzwischen bewilligt. Eine zweite Förderphase ist für April 2007 geplant. Bislang gibt es zehn Mehrgenerationenhäuser in Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt. Quelle: AWOMagazin 3-4.2007

100 Jahre AFET – 100 Jahre Erziehungshilfe. Band I: 1906 – 2005. Quellen und Materialien, zusammengestellt und kommentiert von Martin Scherpner und Christian Schrapper sowie Autorenbeiträgen. AFET Veröffentlichung 66/2006. Selbstverlag. Hannover 2006, 376 S., EUR 25,- *DZI-D-7862*

1906 fand der erste Allgemeine Fürsorge- und Erziehungs- tag (AFET) statt. Damals wurden in Breslau unter anderem die Themen „Erziehungswert der Arbeit“, „Psychiatrische Gesichtspunkte in der Behandlung und Beurteilung der Fürsorgezöglinge“, „Fürsorgeerziehung oder Gefängnis?“ referiert und diskutiert. Hundert Jahre später sind diese Themen nicht fremd. Die Arbeit mit und für Kinder, Jugendliche und Familien war und ist die gemeinsame Arbeit öffentlicher und freier Träger. Diese Gemeinsamkeit erfordert den Dialog, dem der AFET immer wieder eine Plattform gab und gibt, die Beiträge in diesem Band machen das deutlich. Aus dem jeweiligen Blickwinkel der Autorinnen und Autoren werden Entwicklungsstränge der Heimerziehung beziehungsweise der Hilfe zur Erziehung aufgezeigt, unterstützt durch geschichtliche Dokumente. Bestellschrift: AFET, Osterstraße 27, 30159 Hannover, Tel.: 05 11/ 35 39 91-41, Fax: 05 11/35 39 91-50
E-Mail: rheinlaender@afet-ev.de

Verbesserung der Förderung von Kinderhospizen.
Bisher mussten Kinderhospize durch Spenden und ehrenamtliches Engagement einen Kostenanteil von 10 % der vertraglich vereinbarten Tagesbedarfssätze selber tragen. Die Kinderkommission hat sich im Deutschen Bundestag für eine Änderung eingesetzt. Nunmehr soll dieser Eigenanteil, der nicht über die Krankenkassen, die Pflegeversicherung oder die Sozialhilfe getragen wird, auf 5 % verringert werden. Kinderhospize werden damit in ihrer wichtigen Arbeit gestärkt und in ihrem Fortbestand gesichert. Sie begleiten schwerstkranke Kinder und vor allem deren Eltern und Geschwister oftmals über Jahre. Derzeit gibt es in Deutschland sieben stationäre Kinderhospize, zwei weitere befinden sich in Planung. Tod und Sterben galten in der Kinderpolitik lange Zeit als Tabu. „Die Neuregelung ist ein wichtiger Schritt, dieses Tabu zu brechen“, erklärte die Vorsitzende der Kinderkommission, die Abgeordnete Marlene Rupprecht. „Gerade todkranke Kinder und ihre Familien verdienen volle Unterstützung. Diese sollte nicht auf die finanzielle Ebene beschränkt bleiben. Eine breite gesellschaftliche Diskussion ist erforderlich, die die Hospizarbeit bekannter macht und auf eine Solidarisierung mit den Betroffenen zielt.“ Quelle: dbjr-info des Deutschen Bundesrings 1.2007

► Ausbildung und Beruf

Corporate Social Responsibility (CSR). Mit breiter Beteiligung von Wirtschaft, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen starteten die Evangelischen Akademien in Deutschland ein Projekt zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen für die soziale, ökologische und kulturelle Globalisierung. Fordert die ökonomische Globalisierung notwendigerweise eine soziale und kulturelle Verantwortung für Unternehmen? Nicht zuletzt vor dem Hintergrund des zunehmenden ökologischen Bewusstseins verlieren Unternehmen, die sich Nachhaltigkeitsaspekte verschließen, an Akzeptanz und Image in der Gesellschaft und bei Konsumierenden. Eine große Zahl von Unternehmen hat Nachhaltigkeitskriterien freiwillig anerkannt und beginnt, diese in der Geschäftspolitik umzusetzen. Für diese Umsetzungsprozesse gibt es Good-practice-Beispiele. Andererseits finden auch weltweit Verletzungen von wirtschaftlich-sozialen und umweltbezogenen Menschenrechten in den globalen Wertschöpfungs-

ketten statt. Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen beklagen, dass vorhandene nationale Umwelt- und Sozialgesetze nur zurückhaltend angewandt werden und multinational auf diesem Gebiet ein Regulierungsvakuum existiert. Vor diesem Hintergrund beginnen die Evangelischen Akademien in Deutschland ein breit angelegtes Projekt mit einer Laufzeit von zwei Jahren, das von der Hans-Böckler-Stiftung mitfinanziert wird. In fünf Regionen finden thematisch fokussierte Workshops, Untersuchungseinheiten und Tagungen statt. Weitere Informationen: Evangelische Akademie Meißen, Tel.: 035 21/47 06 16, Fax: 035 21/47 06 99
E-Mail: bettina.musolek@ev-akademie-meissen.de

Lage und Zukunft der Bewährungshilfe in Deutschland. Erfahrende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Bewährungshilfe beziehungsweise aus angrenzenden Arbeitsfeldern legten eine kritische Analyse der aktuellen Lage der Bewährungshilfe/Sozialen Dienste der Justiz in Deutschland vor und begründen die Notwendigkeit von Veränderungen. Aktueller Anlass sind Diskussionen in der Politik und in den Landesjustizverwaltungen, die sich vornehmlich mit Fragen der Organisation einschließlich der Trägerschaft unter veränderten finanziellen Rahmenbedingungen befassen. Die Denkschrift der in der Praxis Tätigen stellt, losgelöst von konkreten Organisationsmodellen, Grundbedingungen und Essentials für eine veränderte Bewährungshilfe bezogen auf inhaltlich-konzeptionelle, organisatorisch-strukturelle und personelle Aspekte vor. Stichworte aus der Denkschrift sind: Einführung verbindlicher Standards, Maßnahmen zur Qualitätssicherung, neue Arbeitsformen neben klassischer Einzelfallhilfe, Zusammenführung verschiedener Arbeitsbereiche, Wahrnehmung der Dienst- und Fachaufsicht auf der Grundlage berufsspezifischer Fach- und Feldkompetenz. Die 45 Seiten umfassende Schrift ist einzusehen unter: www.dbh-online.de/service/denkschrift_06.pdf

Praxistipp. Versuchen Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen aus dem Urlaub telefonisch Kontakt zum Arbeitgeber aufzunehmen und um Verlängerung des Urlaubs zu bitten, sollten sie sich die erbetene Genehmigung ausdrücklich bestätigen lassen. Reagiert der Chef, die Chefin nämlich nicht auf den Wunsch, können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht von einer erteilten Zustimmung ausgehen und sollten daher rechtzeitig den Urlaub beenden. Einer Urlaubsverlängerung kann in einem solchen Fall die fristlose Kündigung folgen (Arbeitsgericht Frankfurt am Main 2.12.2002 – 15 Ca 7998/02). Quelle: info BKK-VBU Service 1.2007

Jugendberufshilfe. Rechtsgrundlagen, Entwicklungen, Bewertungen. Von Christian Hampel. Hrsg. Landesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit Nordrhein-Westfalen e.V. Selbstverlag. Köln 2006, 99 S., EUR 12,90 *DZI-D-7878*

Der Autor beschreibt die Entwicklungen der Benachteiligenförderung in der Bundesrepublik Deutschland mit der Komplexität ihrer Programme und Rechtsgrundlagen und zeichnet damit die gesamtgesellschaftliche Debatte um den Stellenwert der beruflichen und sozialen Integration junger Menschen nach. Die für dieses Arbeitsfeld relevanten Regelungen in den einschlägigen rechtlichen Grund-

lagen der Sozialgesetzbücher II (Grundsicherung für Arbeitsuchende), III (Arbeitsförderung) und VIII (Jugendhilfe) und auch im Berufsbildungsgesetz werden beschrieben. Im Zentrum der Publikation steht die Auseinandersetzung mit den Förderangeboten der Arbeitsverwaltung und die Beschreibung und kritische Reflexion der Angebote zur Grundsicherung junger Menschen (Hartz IV), auf die heute mehr als die Hälfte aller jungen Arbeitslosen angewiesen sind. Bestellanschrift: LAG KJS NRW, Postfach 290 250, 50524 Köln, Tel.: 02 21/278 06-220, Fax: 02 21/278 06-225, E-Mail: thomas.puetz@jugendsozialarbeit.info

Schweizer Stellenbörse im Sozialbereich. Der Förderverein sozialinfo.ch und AvenirSocial führen sei Januar 2007 gemeinsam eine Online-Stellenplattform. Mit derzeit über 100 Stellenangeboten ist dies die größte Börse der Schweiz für Berufe der Sozialen Arbeit. Mit einer einzigen Anzeige werden die Besuchenden der beiden Homepages www.sozialinfo.ch und www.avenirsocial.ch erreicht. Stellenanbietende und -vermittelnde erreichen somit schnell und gezielt ihr Publikum. Diese Partnerschaft zwischen dem Berufsverband und sozialinfo.ch bedeutet eine attraktive Dienstleistung, da Angebote online rasch und kostengünstig publiziert werden. Quelle: SozialAktuell, AvenirSocial 2.2007

Pflegeverband fordert neuen Personalschlüssel. Auf erneute Skandalmeldungen zur Situation in Pflegeheimen reagierte der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK) mit der Forderung nach einer Erhöhung des Fachpersonalschlüssels in Pflegeheimen. Misstände in Heimen sind häufig eine Folge der Überarbeitung des Personals. Daher fordert der Verband von der Politik die Einführung eines Personalbemessungsverfahrens in deutschen Pflegeheimen, das den tatsächlichen Pflegeaufwand berücksichtigt. In vielen Heimen wird es wegen des Kostendrucks für das Personal immer schwerer, eine gute Betreuung für die Bewohnerinnen und Bewohner zu leisten. Es ist zu wenig ausgebildetes Personal für zu viele Menschen verantwortlich. Gründe liegen in Versäumnissen der Träger, aber vor allem in der Politik, die Heimbetreiber nicht ausreichend mit Mitteln versorgen. Die Folge ist die Einstellung von Billigpersonal ohne Ausbildung. Die Zahl der Menschen mit schwerstem Pflegebedarf bei steigender Lebenserwartung nimmt zu, so dass die Pflegekräfte sich heute intensiver als noch vor einigen Jahren um die einzelne Person kümmern müssen. Der Berufsverband fordert aktive Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Pflegeberufe, das heißt verbesserte Rahmenbedingungen und die Erhöhung der Ausbildungszahlen. Perspektivisch ist als Lösung die Erstausbildung von Pflegefachkräften an Hochschulen anzustreben, wie das weltweit üblich ist. Quelle: Pressemitteilung des DBfK vom Februar 2007

Tagungskalender

9.5.2007 Hannover. Fachtagung: Armut im Alter – heute noch kein Thema? Information: Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V., Fenskweg 2, 30165 Hannover, Tel.: 05 11/350 00 52, E-Mail: info@gesundheit-nds.de

11.-12.5.2007 Lindau am Bodensee. ptzSymposium 07: Entwicklungsräume für Kinder und Jugendliche. Information: ptz cormann, Sabine Martin, Schneehalde 48, 88131 Lindau, Tel.: 083 82/39 18, Fax: 083 82/231 69
E-Mail: ptz@cormanninstitute.de

12.5.2007 Fulda. Tagung: Schule und Asperger. Information: autismus Deutschland e.V., Bundesverband zur Förderung von Menschen mit Autismus, Bebelallee 141, 22297 Hamburg, Tel.: 040/511 56 04, Fax: 040/511 08 13
E-Mail: info@autismus.de

8.-9.6.2007 Bielefeld. Fachtagung: Health Inequalities II. Determinanten und Mechanismen gesundheitlicher Ungleichheit. Information: Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V., Fenskweg 2, 30165 Hannover, Tel.: 05 11/350 00 52, E-Mail: info@gesundheit-nds.de

11.-13.6.2007 Heidelberg. Kongress: Die Qualitäten der Suchtbehandlung. Information: Fachverband Sucht e.V., Walramstraße 3, 53175 Bonn, Tel.: 02 28/26 15 55, Fax: 02 28/21 58 85, E-Mail: u.reingen@sucht.de

11.-15.6.2007 Weingarten (Oberschwaben). Seminar für Führungskräfte: Erfolgreich Führen in Zeiten der Veränderung. Information: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Kirchplatz 7, 88250 Weingarten, Tel.: 0751/56 86-0, Fax: 07 51/56 86-222
E-Mail: weingarten@akademie-rs.de

13.-14.6.2007 Leipzig. Kongress: Erfolg durch Vernetzung: Die dritte Generation eGovernment und die EU-Dienstleistungsrichtlinie. Information: dbb akademie, Christa Vißers, Dreizehnmorgenweg 36, 53175 Bonn, Tel.: 02 28/81 93-111, E-Mail: c.vissers@dbbakademie.de

14.-15.6.2007 Berlin. Berliner Personaltage 2007: Der neue Tarifvertrag in der praktischen Umsetzung. Information: Kommunales Bildungswerk e.V., Gürtelstraße 29a/30, 10247 Berlin, Tel.: 030/29 33 50-0, Fax: 030/29 33 50-39
E-Mail: info@kbw.de

18.-19.6.2007 Wiesbaden. 12. Deutscher Präventionstag: Starke Jugend – starke Zukunft. Information: Deutscher Präventionstag, Am Waterlooplatz 5 A, 30169 Hannover, Tel.: 05 11/235 49 49, Fax: 05 11/235 49 50
E-Mail: DPT@praeventionstag.de